Dresdner Volkszeitung

Postscheckkonto: Dresden, Kaden & Comp., Nr. 1268.

Organ der Vereinigten Sozialdemokratie

Dieses Blatt enthält die amtlichen Bekanntmachungen der Amtshauptmannschaften Dresden-Neustadt und Dresden-Altstadt

Bankkonto: Gebr. Arnhold, Dresden.

Bezugspreis einschließlich Bringerlohn monatlich 260,— M., durch die Post bezogen monatlich 260,— M., unter Kreuzband für Deutschland monatlich 300,— M. Einzelnummer 12,— M. Sonnabendnummer 15,— M. Telegramm-Adresse: Dresdner Volkszeitung.

Schriftleitung: Wettinerplatz 10. Tel. 25261. Sprechstunde nur wochentags von 12 bis 1 Uhr. Geschäftsstelle: Wettinerplatz 10. Tel. 25261. Geschäftszeit von 7 Uhr morgens bis 5 Uhr nachm.

Anzeigenpreis: die 9gespaltene Nonpareillezeile 25,— M., die 3gespaltene Reklamezeile 90,— M., Ausland 100 und 200 M. Bei mehrmaliger Ausgabe Ermäßigung. Familienanzeigen, Stellen- und Mietgesuche 25 Proz. Rabatt. Ohne Verpflicht. zur Aufnahme an bestimmten Tagen. Für Briefniederleg. 8 M.

Nr. 256 | Dresden, Donnerstag den 2. November 1922 | 33. Jahrg.

Die Gewerkschaften zum Marksturz

Die Spitzenorganisationen der Gewerkschaften, darunter auch der Deutsche Gewerkschaftsbund und der Gewerkschaftsring, haben an den Reichskanzler, an die Reichsministerien und an die Parteien des Reichstages folgendes Schreiben gerichtet, das sich hauptsächlich mit der Verhütung des weiteren Verfalls der Markwährung beschäftigt:

„Die verheerenden Wirkungen des Marksturzes haben einen Grad erreicht, der nicht mehr zu ertragen ist. Nicht nur scheitert jeder Versuch, das Lohneinkommen der Arbeitnehmer der sprunghaft fortschreitenden Verteuerung aller Lebensnotwendigkeiten anzupassen, sondern den Gewerkschaften wird es immer mehr erschwert, überhaupt noch Lohnverhandlungen zu führen und tarifliche Vereinbarungen zu treffen. Schon nach Kriegsbeendigung mußten die ehedem mehrjährigen Tarifabschlüsse durch halbjährliche ersetzt werden. Später zwangen die Valutaschwankungen der letzten Jahre zu drei, zwei- und einmonatlichen Abschlüssen überzugehen. Auch diese Regel hat dem raschen Wechsel der Verhältnisse nicht standgehalten. Halbmonatliche, ja selbst wöchentliche Lohnverhandlungen sind keine Seltenheit mehr. Die rasende Teuerung spottet selbst dieser Versuche, Schritt zu halten. Jede Neuregelung kommt verspätet, wenn die Preise im Handumdrehen in die Höhe schnellen. Ein Tarifabschluß, der beim Inkrafttreten schon überholt ist, verliert immer mehr praktische Bedeutung.

Es kann nicht ausbleiben, daß, wenn die Gewerkschaften außerstande sind, die Lohnverhandlungen für die Arbeiter zu führen, sich eine Unrast der Arbeiter bemächtigt. Schon lange leidet die Erzeugung unter den fortwährenden Lohnverhandlungen, an denen die Arbeitnehmer in den Betrieben nicht bloß seelisch, sondern vielfach tätig Anteil nehmen. Die Arbeiten der Betriebsräte häufen sich, und die Arbeiter und Angestellten kommen aus den Lohn- und Gehaltserörterungen nicht mehr heraus. Hoffnungen wechseln mit Enttäuschungen, kein Ergebnis kann sie mehr befriedigen; denn schon beweisen neue Geldentwertungen und Preistreibereien seine Unzulänglichkeit. Der berechtigte Ruf nach Produktionssteigerung bleibt unerfüllt, so lange diese Produktionshemmung fortbesteht. Unsre Wirtschaft bricht zusammen, wenn es nicht gelingt, bald wieder ruhige Verhältnisse zu schaffen, die geordnete Verhandlungen und feste Lohnvereinbarungen ermöglichen.

Die Hauptquelle der Teuerung bildet die ständige Entwertung des deutschen Geldes. Alle Versuche, die einheimischen Warenpreise den Weltmarktpreisen anzupassen, müssen aussichtslos bleiben, da deutsche Verbraucher solche Waren nicht mehr kaufen können. Die Anpassung der Löhne an den Weltmarkt würde aber die Wirtschaftskatastrophe nur beschleunigen. Aus diesem Dilemma müssen wir durch eine Stabilisierung der deutschen Mark herauskommen. Sie herbeizuführen ist die dringlichste Pflicht des Reichstages und der Reichsregierung. Die Einschränkung des Devisenhandels durch die Verordnung vom 14. Oktober 1922 war nur ein erster Schritt zu diesem Ziel und würde erfolglos bleiben, wenn nicht weitere ernste Schritte getan werden. Die deutsche Mark als Zahlungsmittel und Wertmesser darf nicht preisgegeben werden, denn mit ihrer Erhaltung ist das Lebensinteresse der arbeitenden Bevölkerung und das Wohl und Wehe aller Verbraucher sowie das Schicksal des deutschen Staates verknüpft.

Eine Stütze der deutschen Mark würde u. a. erreicht werden durch die Einführung einer wertbeständigen inneren Anleihe, die allen Teilen der Bevölkerung zugänglich sein und für die eine sichere Deckung geschaffen werden muß. Ob diese sichere Deckung hereizuführen ist durch Heranziehung eines Teiles der Reichsbank-Goldreserven oder durch eine den Geldwertschwankungen sich anpassende, zu reservierende Steuer oder durch eine Solidarhaft der deutschen Erwerbsstände, ist besonders zu prüfen. Kein Versuch, die Markwährung zu retten, darf unterbleiben, der Erfolg verspricht.

Im weiteren muß eine Gesundung der Staatsfinanzen auf dem Gebiete der Steuererfassung verlangt werden, die dem weiteren Notendruck vorbeugt. Es ist für Arbeitnehmer ebenso unverständlich wie unerträglich, daß ihnen die Steuerbeträge wöchentlich oder monatlich vom Einkommen abgezogen werden, während die Steuereinziehung bei den Unternehmern und den besitzenden Klassen jahrelang auf sich warten läßt. Eine Abführung der Steuersummen in kürzesten Perioden muß unter allen Umständen durchgeführt werden. Für die zu spät eingehenden Steuerbeträge müßten der Geldentwertung entsprechende Zuschläge erhoben werden.

Die Devisenordnung bliebe ein Schlag ins Wasser, wenn sie nicht durch eine praktischere Ausgestaltung der Devisenkontrolle ergänzt würde. Es bleibt zu prüfen, ob nicht auch die wirtschaftlichen Verbände der Arbeiter und Angestellten zu dieser Kontrolle herangezogen werden könnten.

Endlich erwarten wir, daß die Verhandlungen zur Erreichung einer Auslandsanleihe zwecks Stabilisierung der Mark mit erneutem Nachdruck aufgenommen und durchgeführt werden. Sie werden aber nur dann zu einem Ergebnis führen, wenn zuvor alle Anstrengungen gemacht werden, um der weiteren Entwertung der Mark eine Grenze zu ziehen.

Die Gewerkschaften verkennen nicht, daß nach wie vor das Hauptbestreben der Regierung darauf gerichtet sein muß, die unerträgliche Reparationslast, als die Hauptursache des Währungsverfalls, auf ein wirtschaftlich erträgliches Maß herabzusetzen und zu einem Zwangsvergleich mit der Entente zu kommen. Die Gewerkschaften verlangen außerdem von der Regierung die Herbeiführung einer größeren Durchsichtigmachung der Kartelle Syndikate und Trusts, die teilweise durch eine volkswirtschaftlich-schädliche Preispolitik den Verfall der Währung fördern. Ferner ist zu fordern, daß mit der schon so oft verlangten und angekündigten Sparsamkeit und Vereinfachung in allen öffentlichen Betrieben und Verwaltungen endlich schleunigst Ernst gemacht wird. Schließlich erwarten die Gewerkschaften von der Reichsregierung die baldige Vorlegung eines großzügigen Produktionssteigerungsplanes, der die Befriedigung der lebensnotwendigen Bedürfnisse des Volkes sichert.

Die gemeinsam unterzeichneten Gewerkschaften beschwören die Parteien des deutschen Reichstages und die Reichsregierung, nicht länger zu zögern, um der Katastrophe der völligen Markentwertung, die zum Zusammenbruch unsrer Wirtschaft führen muß, Einhalt zu tun."

Eine deutsche Entscheidung

Von Oberbürgermeister Robert Leinert, Präsident des preußischen Landtags

Der 5. November 1922 ist für die Sozialdemokratische Partei ganz Deutschlands von ungeheurer Wichtigkeit. Vier Jahre nach der Revolution soll das sächsische Volk einen neuen Landtag wählen. Die Wahlen im roten Sachsen sind für das ganze deutsche Volk, insbesondere für die Sozialdemokratie, bedeutungsvoll. Vor dem Kriege waren von 23 sächsischen Wahlkreisen 22 sozialdemokratisch vertreten. Die Mehrheit der Wähler gehörte zur Sozialdemokratischen Partei. Wäre die sozialistische Arbeiterschaft nicht durch innere Parteikämpfe zersplittert, richtete sich die ganze Stoßkraft des werktätigen Volkes gegen seine Feinde, dann hätte die Sozialdemokratie nicht nur im sächsischen Landtag, sondern auch im deutschen Reichstag die Mehrheit.

Die Sozialdemokratische Partei Deutschlands ist die Partei des arbeitenden Volkes, zu dem alle gehören, die sich durch ihre körperliche und geistige Arbeit erhalten und nicht andre für sich arbeiten lassen. Das sind mindestens 90 Prozent aller Wähler. Würde jeder Proletarier begriffen haben, wohin er gehört, so wäre die Sozialdemokratie die regierende und gebietende Partei in Deutschland.

Leider ist das arbeitende Volk gespalten. Die politische Betätigung der Kommunisten erschöpft sich zum guten Teil in der Beschimpfung der Sozialdemokratie. Die Folge ist, daß viele Arbeiter sich den bürgerlichen Parteien zuwenden. Das ist das Verdienst der Kommunistischen Partei, die immer von einer Einheitsfront der Arbeiterklasse redet, die Bildung einer Einheitsfront aber durch ihr Verhalten unmöglich macht.

Hätte bei den Wahlen zur Nationalversammlung 1919 das arbeitende Volk begriffen, was ihm noktut, dann wäre eine sozialistische Mehrheit in die Nationalversammlung eingezogen. Eine sozialdemokratische Mehrheit hätte eine andre Verfassung geschaffen, hätte einen großen Teil der sozialdemokratischen Kultur- und Wirtschaftsforderungen durchsetzen können. Die Reaktion hätte ihr Haupt nicht mehr erheben können, sie wäre ein für allemal besiegt gewesen und eine sozialistische deutsche Republik hätte eine ungeahnte Anziehungskraft auf die Arbeiter der ganzen Welt ausgeübt.

1919 hat die deutsche werktätige Bevölkerung ihre historische Aufgabe leider nicht erfüllt. Jetzt ergeht in Sachsen an alle, die nicht von der Arbeit andrer leben, der Ruf: „Wählt sozialdemokratisch!" Die bisherigen Erfahrungen haben bewiesen, daß die Kommunisten sehr unzuverlässige Stützen für eine proletarische Politik sind. Die Stimmen, die für die Kommunistische Partei abgegeben werden, sind für die Sache des Proletariats verloren.

Auf dem Parteitag der Deutschen Volkspartei in Breslau hat Stresemann verkündet, es sei ein Irrtum anzunehmen, daß ein weitgehender sozialistischer Einfluß unsre Politik gegenüber dem Auslande erleichtere. Aehnlich hat sich der Führer der Deutschnationalen Volkspartei in Görlitz ausgesprochen. Das Gegenteil ist richtig. Wir haben bisher nur eine Kompromißpolitik betreiben können, die von den Kommunisten verdächtigt und von den Kapitalisten ausgenutzt wurde. Herrscht in Deutschland der Sozialismus, so werden sich die Arbeiter in den Ententeländern fragen, gegen wen sich die Vernichtungspolitik ausländischer Kapitalisten richtet. Sie werden es nicht ruhig geschehen lassen, daß die ausländischen Kapitalisten im Verein mit den deutschen Nationalisten die deutsche sozialistische Republik niederringen.

Auch ich bin in Sachsen geboren und habe immer mit größter Freude das Aufsteigen der sozialistischen Flut in Sachsen empfunden. Ich richte nun an alle meine Landsleute aus dem arbeitenden Volke, an alle Arbeiter, Angestellten und Beamten die dringende Aufforderung, keinen Augenblick in der Agitation zu versäumen. **Die letzten Stunden sind auszunützen bei der Arbeit, auf dem Wege zur und von der Arbeit, bei jedem geselligen Beisammensein, in der Familie und auf der Straße, überall, wo die Angehörigen der werktätigen Bevölkerung zusammenkommen.**

Möge der 5. November 1922 **der Anfang eines sozialistischen Siegeszuges durch ganz Deutschland sein. Durch das sozialistische Sachsen zum sozialistischen Deutschland**

Die zwei Bankrotteure

Hergt (deutschnational) auf dem Parteitag in Görlitz am 27. Oktober: **„Wir werden hinausgehen aus dem Reichstag und unsre Tätigkeit ins Volk verlegen. Wir sind fertig mit dem Parlamentarismus."**

Eichwert (Kommunist) im sächsischen Landtag: **„Wir sind nicht in das Parlament eingezogen, um mitzuarbeiten, sondern um die Volksvertretung zu diskreditieren."**

Fascistengelüste in Deutschland

Mussolini, Generalvertreter der fascistischen Partei in der neuen italienischen Regierung, hat das Bedürfnis gehabt, der italienischen Oeffentlichkeit gegenüber zu erklären, daß sich die Bewegung der Fascisten **niemals gegen die Arbeiterschaft** richten würde. Die Arbeiter sollen unter dem jetzigen Regime mehr Achtung und — Schutz genießen als bisher; allerdings trete er für ein gewerkschaftliches System ein, das die Auswahl der Tüchtigen im Auge habe.

Man braucht sich darüber nicht zu wundern, wenn die deutsche Rechtspresse über diese Erklärungen Mussolinis, als geistiges Oberhaupt des Fascismus, mit Wonne herfällt. Auch in Deutschland soll die Harmlosigkeit des Fascismus hervorgehoben werden, um damit die Propaganda für die fascistische Idee auch unter der Arbeiterschaft zu erleichtern. Daß derartige Propaganda-Absichten bestehen, zeigt folgendes Zitat aus der deutschnationalen Schlesischen Zeitung. Das Blatt schreibt u. a.:

„Der deutsche Bürger wird sich nach dem Vorbild der Fascisten rühren müssen, da in diesem Winter seine Wehrhaftigkeit jedenfalls auf die Probe gestellt werden wird."

Die Kennzeichnung des Fascismus als „harmlos" wird mit diesem Zitat besonders verständlich. Demgegenüber braucht man nur auf die Missetaten der fascistischen Horden während der letzten Tage des Umsturzes in Italien hinzuweisen: sämtliche kommunistischen Abgeordneten der Kammer, soweit sie nur aufzufinden waren, wurden verhaftet. In Rom wurde die Wohnungseinrichtung eines sozialistischen Abgeordneten zertrümmert und das Gewerkschaftshaus angezündet. In Süditalien sind nach den bisher vorliegenden Meldungen nicht weniger als zehn Arbeitshäuser durch Brand zerstört oder so demoliert worden, daß ihre Verwendung vorläufig unmöglich ist. Ebenso wurde das Gewerkschaftshaus in Mailand zugerichtet.

Außer diesen Tatsachen wird die Harmlosigkeit der Fascisten auch durch die Vernichtung bürgerlicher in pazifistischem Sinne geführter Zeitungen gebührend illustriert. „Pressefreiheit" fassen die fascistischen Präfekten so auf, daß über die fascistischen Missetaten keine Meldungen veröffentlicht werden dürfen. Auch von Einbrüchen und Diebstählen wurde Italien in den letzten Tagen durch die fascistischen Horden nicht verschont. Wo bleibt da die Freundschaft zur Arbeiterbewegung und jede Harmlosigkeit?

Im übrigen bekundet die Haltung der deutschen Rechtspresse daß sich die deutschen „Fascisten" rüsten, um schon in diesem Winter „eine Probe" auch bei uns zu machen. Die sozialistische Arbeiterschaft muß auf der Hut sein!

Fascismus in Bayern

Der Frankfurter Zeitung wird aus Koburg geschrieben:

Am 14. und 15. Oktober hielten in Koburg die deutschvölkischen Vereinigungen ihren dritten „Deutschen Tag" ab. Die Tagung war von der Kreisregierung genehmigt und die